

Presseerklärung

der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Landesverband Brandenburg



Potsdam, 07. Februar 2023

GEW Brandenburg: Aufnahme von Verhandlungen zur Vereinbarung eines realistischen Konzeptes zur Absicherung des Lehrkräftebedarfes im Land Brandenburg

Vor dem Hintergrund der dramatischen Situation des Mangels an Lehrkräften zur Absicherung des Unterrichtes im Land Brandenburg im kommenden und den nächsten Schuljahren fordert die GEW Brandenburg die Landesregierung auf, Verhandlungen über ein Konzept zur Absicherung der Unterrichtsversorgung und des Lehrkräftebedarfes aufzunehmen. Es müssen kurz-, mittel- und langfristige Maßnahmen zur Absicherung der Unterrichtsangebote verhandelt und vereinbart werden. Es muss davon ausgegangen werden, dass die angespannte Situation am Lehrkräftearbeitsmarkt im Land Brandenburg über den Zeitraum von 15 bis 20 Jahren andauern wird.

GEW-Landeschef Fuchs heute in Potsdam: „In den nächsten 10 Jahren werden ca. 12.500 Lehrkräfte aus dem aktiven Schuldienst aus Altersgründen ausscheiden. Dies sind ca. 60 Prozent der Lehrkräfte. Zugleich steigen die Bedarfe durch einen Aufwuchs an Schülerinnen und Schüler weiter an. Es muss davon ausgegangen werden, dass die notwendigen Einstellungen von dringend benötigten Lehrkräften nicht durch die aktuellen Studienangebote und Absolventinnen und Absolventen abgesichert werden können. Wir laufen Gefahr, den verfassungsgemäßen Bildungsauftrag und die Chancengleichheit für die Schülerinnen und Schüler zur Disposition zu stellen. Schon im laufenden Schuljahr konnten nur ca. 50 Prozent der Neueinstellungen durch vollständig ausgebildete Lehrkräfte realisiert werden. Aktuell sind ca. 6500 Lehrkräfte mit Seiteneinstieg unbefristet in den Schulen des Landes eingestellt. Die Zahl liegt wesentlich höher, wenn die befristeten Einstellungen einberechnet werden. Die Vorschläge der Ständigen Wissenschaftlichen Kommission der KMK sind weder geeignet, die schwierige Situation im Land Brandenburg zu entspannen, noch sind sie realistisch umsetzbar. Sie sind eine Provokation für die am Limit arbeitenden Lehrerinnen und Lehrer. Wir benötigen dringend eine Entlastung für die Schulen und nicht eine Diskussion über weitere Belastungen. Was wir brauchen, sind ein Maßnahmenbündel, welches Antworten auf die aktuelle Situation gibt und zugleich belastbare Perspektiven für die nächsten Jahre sicherstellt. Dabei müssen wir uns insbesondere auf die Primarstufe und die Sekundarstufe I konzentrieren. Es ist die Aufgabe des Ministerpräsidenten, dies zu koordinieren. Ich sage aber auch deutlich, wir haben keine Zeit mehr. Zeit ist bereits genug vertrödelt worden. Und die notwendigen Verhandlungen finden nur statt, wenn es einen Verzicht

auf eine Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung für die Lehrkräfte im Land Brandenburg gibt. Die Vorschläge der GEW liegen auf dem Tisch.“

Die GEW Brandenburg schlägt Verhandlungen zu folgenden Schwerpunkten vor:

- I. Absenkung der Arbeitsbelastungen**

- II. Maßnahmen zur Erhöhung der Attraktivität des öffentlichen Dienstes im Land Brandenburg**

- III. Maßnahmen zur Fort- und Weiterqualifizierung von Lehrkräften mit Seiteneinstieg**

- IV. Maßnahmen zur Absicherung der bedarfsgerechten Ausbildung von Lehrkräften**